



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21331 - 33
Fernschreiber 0866490

2/XIII/70 - 25. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | <u>Zeilen:</u> |
|---|----------------|
| 1 | |
| Flucht vor der Wahrheit Auf dem Weg zu einem neuen Ermächtigungsgesetz | 35 |
| 2 | |
| Vom Sparen keine Rede Der Trick des Presse- und Informationsamtes Von Max Seidel - MdB. | 48 |
| 3 - 4 | |
| Richard Nixon - oder das Problem der amerikanischen Renaissance Von unseren Korrespondenten in den USA | 103 |
| 5 | |
| Der Dinosaurier und die staatliche Sicherheit Das beschlagnahmte Plakat | 42 |
| 6 - 7 | |
| Die Dorfschule sucht Anschluss Neue Schultypen stellen sich vor - Mehr Bildungschancen auf dem Lande | 84 |

* * * * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe eine Reportage von Klaus Jelonck: "Des Teufels Oberreichsanwalt" - ein Besuch bei Oberreichsanwalt a.D. Lautz.

* * * * *

Flucht vor der Wahrheit

sp- Dieser vierte Tag der grossen ausserpolitischen Bundestagsdebatte hatte einen bezeichnenden Auftakt: Die CDU setzte mit ihrer Mehrheit durch, dass die Redezeit auf acht Stunden begrenzt wurde und drosselte damit die offene Aussprache über die wahren Absichten der Adenauer-Regierung ab.

Das ist ein wohl einmaliger Vorgang in der deutschen Parlamentsgeschichte - ein erschreckender Vorgang, weil er zeigt, dass die stärkste Regierungspartei auch in den Schicksalsfragen unseres Volkes gewillt bleibt, das Dunkel über ihrer Politik herrschen zu lassen.

Kaum jemals zuvor - man kann es in vielen Diskussionen feststellen - hat unser Volk mit so grosser Aufmerksamkeit und innerer Erregung eine Auseinandersetzung im Parlament am Abendfunk verfolgt. Jeder fühlt: Es geht um seine Zukunft und um die Zukunft seiner Kinder. Gerade in diesem Augenblick setzt die CDU ihre massive Parlamentsmehrheit ein, unserem Volk die Möglichkeit der eigenen und ausreichenden Unterrichtung abzuschneiden.

Die CDU hat mit diesem Beschluss ihre eigenen Wähler entmündigt. Welch eine Missachtung des Staatsbürgers!

Adenauer selbst hat diese Debatte gewollt; er dachte sie als Revanche für den 23. Januar. Diese Rechnung ging aber nicht auf. Adenauer und seine Politik wurden zu Angeklagten: Die aufgetotene Rednerelite der CDU - bis Dienstagmorgen siebzehn an der Zahl - verteidigte eine schlechte Sache. Sie hatte offenbar nicht mehr den Mut, das von ihr selbst geforderte Buch weiterzuführen. Daher die Flucht vor der Wahrheit.

Noch lassen sich die Konsequenzen dieser Haltung der CDU/CSU-Fraktion für die weitere parlamentarische Arbeit und für die deutsche Politik nicht absehen. Der dem Bundestag aufgezwungene Beschluss der Drosselung einer freien Aussprache ist nichts anderes als der Beginn des Weges zu einem neuen Ermächtigungsgesetz. Er zeigt aber auch, wie sehr militärisches Denken zur Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie verführt.

Dies ist umso gefährlicher, als bei der Regierung Adenauer-Strauss militärpolitische Überlegungen mit der Bereitschaft zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gleichzusetzen sind.

+ + +

Vom Sparen keine Rede

Von Max Seidel - MdB.

Seit Jahren stehen dem Bundeskanzler Dr. Adenauer im Rahmen des Einzelplanes 04 "Bundeskanzleramt" Millionen DM zur Verfügung, über die er dem Bundestag keine Rechenschaft abgibt. Lediglich der Präsident des Bundesrechnungshofes darf prüfen, ob für den ausgegebenen Betrag die entsprechende Quittung vorliegt. Kritik seinerseits an den Ausgaben ist ausgeschlossen.

An wen und wofür, und ob es notwendig war, das Geld auszugeben, darüber erfährt weder der Bundestag noch die Öffentlichkeit ein Wort, noch eine Zeile.

Die CDU/CSU hat alle Jahre hartnäckig jede Art von Kontrolle, die von der SPD angeregt oder beantragt wurde, abgelehnt. Dabei handelt es sich immer um mehr als 10 Millionen DM, die dem Bundeskanzler zur "Förderung des Informationswesens" zur Verfügung stehen.

Auch im Jahre 1958 werden für den gleichen Zweck, unter gleicher Geheimklausel, 10 200 000 DM beantragt. Nachdem es im Vorjahr 11 500 000 DM waren, haben voreilige Berichterstatter gemeint, das Bundeskanzleramt hätte den Weg der Sparsamkeit beschritten. Das Gegenteil ist der Fall.

Auf einmal werden aus dem unstrittigen Titel 300 - vom Kapitel 0403 "Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" vier Ausgabenposten zusätzlich unter vier neuen Titeln ausgewiesen, die bisher von Reptilienfonds bezahlt wurden.

Es sind beantragt:

| | |
|---|--------------|
| Für Deutschlandbücher und -broschüren | 50 000 DM |
| für "Besuche ausländischer Journalisten und sonstiger Publizisten der Bundesrepublik" | 350 000 DM |
| für "diplomatische Veröffentlichungen" | 85 000 DM |
| für "Zuschuss an Inter Nationes o.V." | 800 000 DM |
| | <hr/> |
| | 1 735 000 DM |
| | ===== |

1 735 000 DM
=====

Bitte beachten! Diese beantragten Aufwendungen erfolgten bislang aus den Mitteln des Titel 300. Allerdings wird verschwiegen, was tatsächlich dafür in den vergangenen Jahren ausgewendet worden ist.

Zählt man die Summe von 1 735 000 DM des großen Reptilienfonds von 10 200 000 DM hinzu - und das muss man - dann ist in Wirklichkeit der Propagandafonds für 1958 auf 11 935 000 DM gesteigert worden. Also nicht weniger, sondern mehr soll die Propaganda 1958 kosten. Von Sparen kann damit keine Rede sein.

Erstaunlich bleibt bei diesem trickreichen Vorgang des Presse- und Informationsamtes, warum diese vier neu ausgewiesenen Ausgabenposten in Höhe von 1 750 000 DM jetzt öffentlich offenkundig werden können, nachdem sie jahrelang das Licht der Öffentlichkeit scheuen mussten.

Erstaunlich, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer weiterhin die Rechenschaft für die Ausgaben von 10 200 000 DM dem Bundestag gegenüber schuldig bleiben will.

Warum das, und was soll weiter versteckt werden?

Wer wird bei der Haushaltsteratung darauf antworten? Der Bundeskanzler? Die CDU/CSU?

Die Öffentlichkeit und der Bundestag haben ein Recht zu wissen, was mit 10 Millionen 200 000 DM Steuergeldern geschieht.

Richard Nixon - oder das Problem der amerikanischen Renaissance

Von unseren Korrespondenten in der USA

New York - Ende März

In der lebhaften und leidenschaftlichen und ganz Amerika beschäftigenden öffentlichen Debatte, welche Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise die Regierung ergreifen soll, und wann und in welchem Umfange, hat Vizepräsident Richard Nixon, zusammen mit dem Arbeitsminister Mitchell, energisch gegen die offiziell von Präsident Eisenhower proklamierte Strategie des Abwartens auf eine allmähliche "Selbsthilfe der Wirtschaft ohne Staatseingriff" Stellung bezogen - und ist darauf vom Präsidenten und anderen Kabinettsmitgliedern mit kräftigen Worten desavouiert worden. Das ist gut und gerne der zehnte oder zwölfte Fall im Laufe der letzten beiden Jahre, dass der junge Vizepräsident, der offizielle "Kronprinz" des alten und kränklichen Präsidenten, mit dessen Politik nicht übereinstimmte und seinen eigenen Ansichten öffentlich Ausdruck verlieh. Die Zeiten, da der Präsident den jungen Nixon väterlich-wohlwollend und mit echter warmer Sympathie seinen "boy" nannte und ihm blindlings vertraute, sind längst vorbei.

Ernste Vertrauenskrise um Eisenhower

Dieser merkwürdige "Bruch" in der Eisenhower-Ära: Alles geht gut und glatt in der ersten Antaperiode, alles geht schief in der zweiten - wird zweifellos einmal künftige Historiker lange und intensiv beschäftigen. Der Bruch begann mit der Suezkanalkrise und der Revolution und Konterrevolution in Ungarn, beides gleichzeitig ein paar Tage vor Eisenhowers Wiederwahl im Herbst 1956; darn kamen der Fehlschlag der "Eisenhower-Doktrin" im Mittleren Orient, der russische Prestige-Vorsprung mit dem Sputnik, der Ausbruch der Krise in der amerikanischen Raketenforschung und endlich zu Beginn dieses Jahres der offene Ausbruch der ernstesten ökonomischen Depression: Eine Kette von Ereignissen, die das fast patriarchalische Ansehen des Präsidenten im Inland wie im Ausland erschütterten und in der amerikanischen öffentlichen Meinung eine ernste Vertrauenskrise heraufbeschworen.

Parallel dazu kam die Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Präsidenten, der sich zu immer längeren Erholungspausen gezwungen sieht und notwendiger- und zugestandenerweise die Regierungszügel immer lockerer am Boden schleifen lassen muss. In dieses Vakuum in der obersten Regierungshöhre Amerikas schritt ganz automatisch Vizepräsident Nixon hinein, der somit heute eine politische viel gewichtigere Rolle spielt als jemals ein Vizepräsident zuvor. Aber so sehr er auch "Statthalter" des Präsidenten ist, so wenig kann er doch dessen eigentliche Kommando- und Regierungsfunktionen übernehmen; verfassungsmässig hat er nun einmal keine Exekutivgewalt - und wenn er anderer Meinung ist als der Präsident, so kann er bestenfalls in Kabinettsitzungen oder auch in öffentlichen Erklärungen oder im Privatgespräch mit Journalisten seine abweichende Ansicht ausdrücken - aber das Steuer herumwerfen kann er nicht. Und genau das ist heute Nixons Dilemma.

Nixons Taktik

Der noch junge und überaus ehrgeizige Nixon hat, im Gegensatz zu dem an diesen Fragen völlig desinteressierten Eisenhower, einen scharf ausgebildeten Instinkt für Parteipolitik; er weiss zum Beispiel ganz genau, dass die Abwartehaltung des Präsidenten in der jetzigen Depression für die nächsten Wahlaussichten der Republikanischen Partei Gift ist -

weil Opfer der Rezession, wie Arbeitslose, Kurzarbeiter, kleine Geschäftsleute usw. nun einmal Aktionen fordern und nicht nur Hoffnungen auf eine allmähliche Selbsthilfe der Wirtschaft. Ebenso erkannte Nixon nach dem Überraschungserfolg des ersten russischen Sputniks, im Gegensatz zu vielen seiner Kabinettskollegen, dass das mehr war als nur ein "glitzerndes Spielzeug", sondern dass die Völker aller Länder das Rennen um den Erdsatelliten als einen technologischen Zweikampf betrachteten; Nixon war daher der grosse Motor in Washington, der erhöhte Anstrengungen in der Rüstung, der Rüstungsforschung, den naturwissenschaftlichen Unterricht in den höheren Schulen forderte.

Sorgfältig geht Nixon seither herum und vertraut amerikanischen Journalisten an, dass er ja eigentlich wenig Einfluss habe; hätte er was zu sagen, dann würde die Politik der USA in allen diesen (und vielen anderen) Fragen der Innen- und Aussenpolitik ganz anders aussehen. Nixon befürwortet zum Beispiel Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an Israel und eine klarere Politik in den Südstaaten, wo er zweifellos die Schulkrise in Little Rock anders, und vielleicht psychologisch geschickter, angepackt hätte. Mit dieser merkwürdigen Haltung, sich von der "ermüdeten" Regierung Eisenhower zu distanzieren, sucht er zweifellos seine persönlichen politischen Aussichten für die Zukunft zu sichern: Wenn er einmal für das Amt des Präsidenten kandidiert, möchte er nicht gerne für die Fehler und Unzulänglichkeiten der jetzigen republikanischen Regierung verantwortlich gemacht werden.

Verändertes Urteil über den "Vize"

Interessanterweise macht sich dieser Eindruck, dass Nixon nicht mit den Schwächezeichen der jetzigen Regierung belastet werden darf, im Ausland noch mehr bemerkbar als im Innern - und gerade auch in linksgerichteten und liberalen Kreisen, die in der Vergangenheit keineswegs Nixon schätzten. Nixon galt im Anfang seiner kurzen aber erfolgreichen politischen Karriere als scharfer und "zackiger" Mann von rechts, als Nationalist und beinahe als eine Art leicht veredelter und polierter McCarthy, mit einem beinahe bonapartistischen Drang zur Macht. Heute denkt man ganz anders über ihn; angesehene Sprecher der britischen Labour-Party zum Beispiel haben ziemlich unverblümt den Wunsch ausgedrückt, ihn als Präsidenten im Weissen Haus zu sehen, weil sie sich von seiner Amtswaltung Aktivität, Dynamik und gleichsam eine amerikanische Renaissance versprechen.

Der kommende Mann ?

Ähnliche Gedanken hört man auch in Amerika, auch gerade bei liberalen Intellektuellen, Gewerkschaftsfunktionären und ähnlichen Vertretern der gemässigten amerikanischen Linken. Niemand ist der Meinung, dass Nixon sich innerlich gewandelt hat, dass er von Konservativen zum Fortschrittmann geworden ist, aber jedermann gibt zu, dass er, politisch hellhörig und intelligent, erkannt hat, dass man mit patriarchalischen Methoden, väterlichen Wohlwollen und passiver Lässigkeit keine Grossmacht des zwanzigsten Jahrhunderts führen kann. Ob Nixon an Fortschritt und Reformen glaubt, wird praktisch gleichgültig: Er weiss, dass sie notwendig sind, um das grosse Land gesund zu erhalten und nicht den kalten Krieg gegen den kommunistischen Starblock zu verlieren. Und dass Nixon dynamischer, aktiver, energiebesessener und unternehmungslustiger ist als Präsident Eisenhower und dessen Berater, unterliegt keinem Zweifel. Fixons Beziehungen zu Sherman Adams, Foster Dulles, Handelsminister Weeks und den anderen konservativen Einflüssen in Eisenhowers Umgebung sind ausgesprochen kühl - auch ein deutliches Zeichen für die Polarisierung innerhalb der Regierung und die allgemeinen Tendenzen, die Renaissance des Landes nicht mehr von gegenwärtigen Regierungsteilnehmern zu erhoffen. Ob Nixon Amerikas nächster Präsident sein wird, dürfte sich bald zeigen.

Der Dinosaurier und die staatliche Sicherheit

Ge-Die "Internationale der Kriegsdienstgegner" (IDK) hat ein Plakat drucken lassen, auf dem ein stilisierter Dinosaurier abgebildet ist. Das Aussterben dieses Urwelttieres wird im Text mit der Tatsache begründet, es habe "zu viel Panzer und zu wenig Hirn" gehabt. Dem Jahrgang 1937 wird Gewissensforschung und Wehrdienstverweigerung nahegelegt. Ganz abgesehen davon, daß hier eine antimilitaristische Einstellung in zwar origineller, aber doch zurückhaltender Form manifestiert wurde, kann man natürlich an die Beurteilung des Plakates verschiedene Maßstäbe anlegen. Daß aber der Ermittlungsrichter beim Münchener Amtsgericht die Auflage beschlagnahmen ließ - nach Pressestimmen "aus Gründen der staatlichen Sicherheit" - bestätigt die Befürchtungen, die vor etwa einem Jahr bei der Verabschiedung des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes laut geworden sind.

Damals hatten schon einige Bundesländer Bedenken angemeldet. Ihnen hielt der ehemalige Hamburger Senator Dr. Weber entgegen, es sei notwendig, die Bundeswehr gegen die Methoden des "Kalten Krieges" zu schützen. Daß die Tatsache des Aussterbens der Dinosaurier heute im "Kalten Krieg" mißbraucht wird, läßt den Schluß zu, daß die Aufrüster offensichtlich vor nichts zurückschrecken. Die Zoologie des "Kalten Krieges" hat damit neben dem sattnam bekannten Trojanischen Pferd ein noch schlimmeres Ungeheuer entdeckt, das geeignet wäre, unser Staatswesen in seinen Grundfesten zu erschüttern. Der Amtsgerichtsrat Handel berief sich auf den § 97 des Strafgesetzbuches, der den mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bedroht, der es unternimmt, die Regierung oder deren verfassungsmäßige Organe durch Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen zu verunglimpfen oder zu einer Verunglimpfung aufzufordert.

Ist dieser Tatbestand in dem Plakat erfüllt? Es bedarf schon einer ziemlich komplizierten Assoziation, die Regierung des Bundeskanzlers Adenauer in dem Dinosaurier wiederzuerkennen. Schon in der damaligen Debatte um die Strafrechtsänderung kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß es die Richter überfordern werde, hier das rechte Maß walten zu lassen. Wie das Münchener Beispiel beweist, sind diese Befürchtungen nicht unbegründet gewesen.

Es ist ja nicht neu, daß bei dehnbaren Rechtsbestimmungen der Ermessensentscheid der deutschen Justiz sich oft an die engste Auslegung hält. Aber man kann heute solche Eingriffe in die Freiheit der Meinungsäußerung nicht mehr damit abtun, daß es "Fehlleistungen übereifriger Staatsanwälte" seien. Wir haben schon einmal erlebt, daß auch Borniertheit zur Methode werden kann, wobei noch zu prüfen wäre, ob es sich hier noch um Borniertheit handelt oder schon um die folgerichtige Aktion des restaurierten Ungeists.

Die Dorfschule sucht Anschluss

Die Eltern aus vielen Landgemeinden Niedersachsens wären sehr nachdenklich nach Hause gefahren, wenn sie in Barsinghausen die Arbeitstagung "Das Dorf und seine Schule" miterlebt hätten, die das Niedersächsische Landvolk veranstaltete. In den Vorträgen und Gesprächen der Fachleute des ländlichen Bildungswesens, besonders der Landschullehrer selbst, kam nämlich zweierlei sehr deutlich zum Ausdruck: Die gute alte Dorfschule gibt heute den Landkindern nicht mehr die Bildungschancen, die sie morgen schon für die gesteigerten Anforderungen des Lebens auf dem Dorfe brauchen. Und: Ein allgemein gültiges Rezept für die zweckmässigste moderne Landschule gibt es noch nicht.

*

Die Schulfachleute sind bereits dabei, das Landkind behutsam und ohne revolutionäre Experimente auf verschiedenen ersten Richtungen aus der einklassigen Dorfschule herauszuführen. Die Eltern in den Dörfern Niedersachsens tun gut daran, sich diese Beispiele modernen ländlichen Bildungsweges genau anzusehen.

Noch gibt es in Niedersachsen 1 366 einklassige und 1 015 zweiklassige Schulen. Das sind etwas mehr als 50 Prozent aller Volksschulen überhaupt. Aber nur 17 Prozent aller Volksschüler besuchen diese Dorfschulen. In Barsinghausen fiel das Wort von der Zwergschule, das nichts Abwertendes sagen wollte, aber doch drastisch umschrieb, dass die ein- bis zweiklassigen Dorfschulen mit 32 bzw. 64 Kindern und ein oder zwei Lehrern den heutigen Bildungsansprüchen nicht mehr genügen können, zumal der überdurchschnittliche, umfassend unterrichtende Landschullehrer früheren Formats ausstirbt.

Es gibt heute kaum noch junge Lehrer, die aus Liebe zum Dorfe aufs Land gehen. Die meisten betrachten eine solche Versetzung als ein "ländliches Pflichtjahr", das nur einmal in Kauf genommen werden muss. Würde die ein- bis zweiklassige Landschule auch in Zukunft bestehen bleiben und vielleicht noch auf weitere ländliche Gebiete ausgedehnt, dann ständen manche dieser Dorfschulen eines Tages ohne Lehrer da. Und schon gibt es ein Gebiet, in denen auch die Schülerzahl knapp wird, weil viele Pflichtlingsfamilien das Dorf, in dem sie erste Unterkunft fanden, inzwischen wieder verlassen haben.

Zum Nutzen des Kindes

Hier bietet sich die Dörfergemeinschaftsschule als Ausweg zum Nutzen des Kindes und zum Wohle des Dorfes an, das sich heute bereits über einen Mangel an Führungskräften beklagt. Nur 6 Prozent der Studenten an den wissenschaftlichen Hochschulen stammen aus Kreisen der Landwirtschaft.

Lehrer Klein schilderte am praktischen Beispiel eines Schulprojektes im Kreise Lüchow-Dornberg, wie eine Dörfergemeinschaftsschule wirken kann. Zwölf benachbarte Landgemeinden wurden für den Plan dieser Zentralschule interessiert. Nach zwei Jahren hatten sich neun dafür entschieden. Die neun Dörfer schlossen sich zu einem Zweckverband zusammen, der besonders danach trachten muss, die Kosten für den Transport der Kinder von und zur Zentralschule aufzubringen. Obwohl der weiteste Schulweg nur 4,6 Kilometer betrug, sollen die Kinder nicht zu Fuss gehen.

Erweiterung des Lehrplanes

Bei der Dorfschulgemeinschaftsschule, die in diesem Fall sechs Klassen umfassen soll, geht zwar ein Stück von der engen Verbindung zu den Eltern und der einzelnen Landgemeinde, wie sie die alte Dorfschule hatte, verloren. Aber nur die Zentralschule bietet auch den Landkindern die Möglichkeit der Erweiterung des Lehrplanes, der Aufgliederung einer Hilfsklasse für Zurückgebliebene, die Möglichkeiten einer Turnhalle, des Werkraumes und der Schulküche. Bei allen diesen Vorzügen bleiben die Kinder in ihrer ländlichen Umgebung und damit der Gesellschaft des Dorfes verbunden.

In einer Dörfergemeinschaftsschule wäre auch die Errichtung eines ländlichen Aufbauzuges möglich. Diese Aufbauzüge, die man schon an vielen grossen Schulen Niedersachsens kennt, wurden in Barsinghausen an einem Beispiel aus Schleswig-Holstein erörtert. Der ländliche Aufbauzug hat hier das Lehrziel der Mittelschule. Er fasst die begabten Landkinder nach den ersten vier Schuljahren zusammen und vermittelt ihnen das Mittelschulwissen unter Berücksichtigung der ländlichen Besonderheiten.

Der "differenzierte Mittelbau"

Ähnlich arbeitet auch der sogenannte "differenzierte Mittelbau", von dem in Barsinghausen das Beispiel der Schule Salzhammondorf bei Hameln diskutiert wurde. Auch hier werden am Ende des vierten Volksschuljahres in den Klassen 5 bis 10 die begabten Kinder an der gleichen Schule mit dem Ziel der mittleren Reife weiter unterrichtet. Die Kinder bleiben dadurch ebenfalls der ländlichen Schulgemeinschaft erhalten und werden in Sondergruppen in den Mittelschuljahren unterrichtet. Voraussetzung dabei ist, dass die sogenannten Stammeskübler, die nur zum Volksschulziel geführt werden, auf keinen Fall vernachlässigt werden.

Diese Versuche ländlicher Schulgestaltung, zu denen auch die Heimmittelschule, die Heimoberschule, die ländliche Hilfsschule und die ländlichen Berufs- und Fachschulen gehören, haben alle ein gemeinsames Ziel: Dem Landkind den Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten des modernen Schulwesens zu erschliessen, ohne es seiner ländlichen Umgebung, die eines Tages auf den fertigen, leistungsfähigen Menschen dringend angewiesen ist, zu entfremden.

+ + -